



Auswärtiges Amt

C.A.P



Arbeitsgruppe Balkan

„Neuordnung von Staat und Nation in Jugoslawien“

Berlin, 2. Mai 2001

Gutachten ***Gross-Kosovo?***

von Prof. Dr. Stefan Troebst

Kooperationsveranstaltung:

Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Centrum für angewandte Politikforschung, München
Planungsstab des Auswärtigen Amtes, Berlin

„Gross-Kosovo!“

Kosova starts in Tivat [...] in Montenegro] and ends in Manastir [Bitola in Macedonia]. We don't care what America and England think about it. We don't care what Clinton and other devils think! We are going to tell the truth!

Jashar Salihu, Vorsitzender des kosovoalbanischen „Homeland Calling Fund“, London, 5. Juli 1998. Zit. nach Tim Judah: Kosovo. War and Revenge. New Haven, CT, London 2000, S. 103 f.

(0) Zusammenfassung

Im Kosovo wächst die Ungeduld über das Ausbleiben einer Lösung des staatsrechtlichen Status des internationalen Protektoratsgebiets. Kosovoalbanische Radikale haben dies seit dem Sommer 2000 zur Propagierung ihrer Forderung nach einem „Gross-Kosovo“ genutzt und sich mit Waffengewalt an deren Umsetzung gemacht. Nach anfänglichen Erfolgen aus der Sicherheitzone zu Serbien herausgedrängt, haben sie sich Anfang 2001 auf den Norden Makedoniens konzentriert und dort einen ethnischen Bürgerkrieg zu provozieren versucht. Trotz ihrer militärischen Niederlage konnten sie in der albanischen Öffentlichkeit des Balkans einen beträchtlichen Prestigegewinn verbuchen. Die Staatengemeinschaft hat Entschlossenheit demonstriert, aber noch keinen Anlauf zur Behandlung der Statusfrage unternommen. Entsprechend besteht die Gefahr neuerlicher Eskalation.

(1) „Kosova Republika!“

1981, während der Unruhen in der Sozialistischen Autonomen Provinz Kosovo im Post-Tito-Jugoslawien, kam die Losung „Kosova Republika!“ auf, die damals bereits doppeldeutig war: Zum einen zielte sie auf die Aufwertung des zur Sozialistischen Republik Serbien gehörenden Autonomiegebietes zur siebten Teilrepublik der SFR Jugoslawien, zum anderen aber schwang bereits die Forderung nach Eigenstaatlichkeit mit. 1989, im Jahr der Kassierung der Territorialautonomie des Kosovo durch die serbische Republiksführung, trat der letztgenannte Aspekt der „Kosova Republika!“-Forderung in den Vordergrund, um 1992 zum gemeinsamen Ziel aller politischen Kräfte im Kosovo zu werden. Entsprechend kämpfte die „Armee zur Befreiung Kosovo“ (*Ushtria Çlirimtare e Kosovës* – UÇK) in den beiden Kriegsrunden von 1998 und 1999 explizit für die Herauslösung des Kosovo in seinen bis dahin innerserbischen Verwaltungsgrenzen aus der serbisch-montenegrinischen Föderation sowie für seine staatliche Unabhängigkeit. Weiterreichende politische Konzepte wie eine Vereinigung mit der Republik Albanien oder ein Zusammenschluss des Kosovo mit den mehrheitlich albanisch besiedelten Gebieten Montenegros, Serbien und Makedoniens schrieb man nicht aufs Panier: Kosovo war der Punkt 1 der Tagesordnung, alles andere *cura posterior*. Daran änderte sich auch nach der überraschenden Kapitulation der Armee Jugoslawiens und der Truppen des serbischen Innenministeriums im Juni 1999 zunächst nichts: Sowohl aus der Sicht der gemäßigten Parteien des Kosovo mit der „Demokratischen Liga des Kosovo“ (*Lidhja Demokratike e Kosovës* – LDK) Ibrahim Rugovas an der Spitze als auch der partiell entwaffneten und teils demobilisierten, teils in *Kosovo Protection Corps* (*Trupat e*

Mbrojtjes se Kosovës – TMK) und *Kosovo Police Service* (KPS) übergeleiteten UÇK galt es nun, das UN-Protectoratsgebiet in die Selbständigkeit zu überführen und die diplomatische Anerkennung des neu zu schaffenden Staates seitens internationaler Organisationen, Grossmächte und Nachbarstaaten zu erreichen. Entsprechende Programme gaben sich auch die beiden politischen Arme der UÇK, die „Partei des demokratischen Fortschritts in Kosovo“ (PPDK) Hashim Thaçis und die „Allianz für die Zukunft Kosovos“ (AAK) Ramush Haradinajs. „Grossalbanische“ Rhetorik hielt man dabei aus mehreren Gründen für unzweckmässig: Zum einen war man sich der abschreckenden Wirkung des Pan-Albanismus auf internationaler Ebene bewusst, zum anderen sprachen aber auch ganz konkrete Gründe dagegen. Denn das 1997 regelrecht kollabierte Albanien war zu keiner „nationalen“ Aussenpolitik fähig, und angesichts der im Sommer 1999 mitnichten gebannten Gefahr einer militärischen Revanche Belgrads hatte die kosovoalbanische politische Führung starkes Interesse an guten Beziehungen sowohl zu Montenegro als auch zu Makedonien. Im montenegrinischen Fall spielte und spielt die indirekte Unterstützung Prishtinas für die zentrifugalen Tendenzen in dieser jugoslawischen Teilrepublik eine Rolle, von denen man sich positive Wirkungen auf das eigene Streben nach Unabhängigkeit verspricht.

(2) „Ost-Kosovo“

Der all-kosovarische Konsens bezüglich einer Kooperation mit der *United Nations Mission in Kosovo* (UNMIK) und der *Kosovo Force* (KFOR) begann bereits ein halbes Jahr nach dem Einmarsch von NATO-Truppen und UÇK in Prishtina zu bröckeln. Hintergrund war der heftige klandestine Machtkampf zwischen Vertretern der älteren Generation gemässigter Pazifisten um die LDK und militanten, meist jüngeren Radikalen um die UÇK-Tarn- und Nachfolgeorganisationen. Eigentlicher Auslöser war der eskalierende Konflikt in und um die Stadt Mitrovica, der serbischen Hochburg im Norden des Kosovo: Je deutlicher die Teilung der Stadt wurde, desto attraktiver erschien der demobilisierten UÇK-Führung der Plan eines serbisch-albanischen Gebietstausches bei Änderung der nun internationalisierten Aussengrenzen des Kosovo: „Ost-Kosovo“, also die beiden mehrheitlich, partiell gar kompakt albanisch besiedelten Regionen im Südwesten Serbiens, gelegen um den Ort Medvedja einerseits sowie um die Städte Bujanovac und Preševo an der Autoput- und Bahnstrecke Belgrad-Skopje-Athen andererseits, sollte gegen Nord-Kosovo mit den Gemeindebezirken Zvečan und Leposaviq sowie Teilen von Mitrovica getauscht werden.

Diese Überlegungen veranlassten Extremisten im radikalen Lager um die UÇK-Kommandanten Shefqet Hasani und Jonuz Musliu Ende Januar 2000 dazu, im Süden der fünf Kilometer tiefen entmilitarisierten Bodensicherheitszone (*Ground Safety Zone*) im serbischen Grenzgebiet zu Kosovo eine „Armee zur Befreiung von Preševo, Medvedja und Bujanovac“ (*Ushtria Çlirimtare e Presheves Medvegjes dhe Bujanocit* – UÇPMB) zu gründen und mit dieser Truppe „befreite Gebiete“ zu schaffen. Mit US-amerikanischer Unterstützung gelang es jedoch Thaçi am 24. März 2000, die UÇPMB zu Aufgabe des bewaffneten Kampfes gegen Serbien zu bewegen. Zukünftig sollte ein „Politischer Rat für Ost-Kosovo“ mit friedlichen Mitteln für die „Befreiung“, d. h. den Anschluss der Region an Kosovo, kämpfen.

An dieses Abkommen fühlte sich indes nur ein Teil der UÇPMB-Aktivisten gebunden. Der andere Teil kooperierte von nun an eng mit einer als „Armee zur Nationalen Befreiung“ (*Ushtria Çlirimtare Kombëtare* – UÇK) firmierenden bewaffneten Formation, die vom Herbst 1999 an im Grenzgebiet Makedonien zum Kosovo, der „Zweiten Operativen Zone“ der UÇK im Kosovo-Krieg, Anschläge verübte. Gleich der UÇPMB dürfte auch diese UÇK

„II“ ihre organisatorischen Wurzeln in der „Albanischen Nationalen Armee“ (*Armata Kombëtare Shqiptare* - AKSh) haben, also demjenigen UÇK-Teil, der vor der Auflösung durch UNMIK und KFOR am 20. September 1999 erneut in die Illegalität abgetaucht war.

(3) Eine virtuelle Staatsgrenze

Die Zusammenarbeit der beiden UÇK-Nachfolgeorganisationen UÇPMB in „Ost-Kosovo“ und UÇK II im Norden Makedoniens wurde durch zwei Besonderheiten der Grenzregime im Dreiländereck zwischen Jugoslawien, Makedonien und dem internationalen Protektoratsgebiet stark erleichtert. Dabei handelte es sich zum einen um den Umstand, dass ein fünf Kilometer langer Abschnitt der jugoslawisch-makedonischen Grenze beim Berg Crni vrh bis zum März 2001 der Kontrolle durch jugoslawische Grenztruppen entzogen war, da er zur besagten Sicherheitszone gehört. Zum anderen stellt die gesamte Nordgrenze Makedoniens zu Jugoslawien und zum internationalen Protektoratsgebiet seit 1991 auf weiten Strecken ein langezogenes Niemandsland von bis zu mehreren Kilometern Breite dar, ist doch der Verlauf dieser vormals innerjugoslawische Verwaltungsgrenze zwar Anfang 2001 im Detail durchgängig festgelegt worden, doch im Terrain noch immer nicht markiert. Die Gründe hierfür sind verschiedener Art: An erster Stelle ist zu nennen, dass der Grenzverlauf nur partiell katastermäßig erfasst, streckenweise aber lediglich durch Beschreibungen des Typus „Von den drei Buchen bis zur Quelle des Baches“ fixiert ist. Hinzu kommt, dass die Staatswerdung der Republik Makedonien 1991 nicht zur völkerrechtlichen Anerkennung durch die benachbarte SFRJ (bzw. ab April 1992: Bundesrepublik Jugoslawien) geführt hat, folglich keine bilaterale Grenzkommission zum Zweck der Festlegung der Grenze eingesetzt wurde. Daran änderte sich auch nach der Anerkennung Skopjes durch Belgrad im April 1996 nichts, da der makedonischen Seite die militärische Besetzung des auf makedonischem Territorium gelegenen Berges Čupino brdo durch die Armee Jugoslawiens im Sommer 1994 noch allzu frisch im Gedächtnis haftete und die jugoslawische Seite die historisch begründete Forderung Makedoniens nach Abtretung des Klosters Sv. Prohor Pčinški strikt ablehnte. UNMIK schliesslich fühlte sich zur Markierung der Grenze des Protektoratsgebiets zu Makedonien nicht berufen, da die UN-Sicherheitsratsresolution 1244 vom 10. Juni 1999 lediglich von Grenzkontrolle, nicht von Grenzfestlegung sprach und überdies eine „jugoslawische und serbische Präsenz an wichtigen Grenzübergangsstellen“, von denen zwei nach Makedonien führten, vorsah. Zwar wurden Anfang 2000 eine jugoslawisch-makedonische Grenzkommission gebildet und eine Reihe von Treffen abgehalten, doch bis zum Beginn des Jahres 2001 waren von 330 Kilometern Grenzverlauf erst ganze acht festgelegt. Entsprechend war den gesamten Zeitraum 1992-2000 hindurch die jugoslawisch-makedonische bzw. mittlerweile serbisch-makedonische sowie kosovoalbanisch-makedonische Grenze ein Quell ständiger Unsicherheit und Ursache zahlreicher, z. T. gravierender Grenzzwischenfälle, einige Dutzend davon mit Todesfolge. Für die UÇK II von besonderem Vorteil war dabei, dass ganze Dörfer wie das mittlerweile zu zweifelhaftem Ruhm gekommene Tanuševeci (albanisch: Tanusha), gelegen im Kopiljača-Gebirge unterhalb des Kodra Fura-Gipfels, rechtsfreie Räume darstellten: Trotz seiner Lage auf makedonischem Territorium weigerten sich die makedonischen Behörden die öffentliche Sicherheit im Dorf herzustellen, gar den Dorfbewohnern makedonische Staatangehörigkeit samt Personalpapieren auszustellen. Und das US-amerikanische KFOR-Kontingent auf der anderen Seite der in ihrem genauen Verlauf weiterhin unbekannten Grenzlinie liess wie zu jugoslawischen Zeiten weitgehend unkontrollierten Waren- und Personenverkehr von Tanuševeci über die „grüne Grenze“ in den Kosovo-Maktflecken Viti (serbisch: Vitina) zu. Für die UÇK war daher das Einsickern in das Grenzgebiet ebenso einfach wie ein

mehrwöchiger Aufenthalt selbst im Winter. Mit anderen Worten: Die militanten Radikalen im Kosovo verfügten mit dem Südabschnitt der Sicherheitszone und in der Grenzregion zu Makedonien über einen Einfluss-, Rückzugs- und Schonraum, in dem sie Waffen-, Munitions- und Ausrüstungsvorräte anlegen, militärische Ausbildungsprogramme absolvieren, Logistik aufbauen und Führungsstrukturen ausbilden konnten. Je länger die Ungewissheit über den künftigen Status des Kosovo andauerte, je grösser die Friktionen zwischen der teildemobilisierten „alten“ UÇK auf der einen sowie LDK, Kosovoserben, UNMIK und KFOR auf der anderen Seite wurden, desto grösser wurden im Kosovo personeller Zulauf, finanzielle Unterstützung und politische Sympathien für die gewaltbereite Guerilla.

(4) Wendepunkte Juli-November 2000

Im Sommer und Herbst 2000 traten eine Reihe von Ereignissen ein, die seitens der militanten Radikalen im Kosovo sowie vor allem von UÇPMB und UÇK II als Bedrohung gedeutet und entsprechend beantwortet wurden:

- Auf den ersten Blick wenig spektakulär, in seinem Symbolgehalt aber kaum zu überschätzen war das am 25. Juli 2000 im makedonischen Parlament verabschiedete neue Gesetz über Hochschulbildung, machte es nach sechs Jahren Konfrontation samt etlicher Todesopfer den Weg frei für einen Kompromiss in der Frage einer albanisch(sprachig)en Universität in Makedonien. In Form der Gründung einer privaten, international finanzierten und dreisprachigen „South East European University at Tetovo“ unter der Schirmherrschaft des OSZE-Hochkommissars für Nationale Minderheiten und der Europäischen Kommission wurde dieser Kompromiss am 19. Dezember 2000 mit der in Skopje mitregierenden „Demokratischen Partei der Albaner“ (DPA) unter Arbën Xhaferi festgezurr. Damit steuerte die unendliche „Universitätsfrage“ auf eine Teillösung zu – bei Marginalisierung der 1994 gegründeten „illegalen“ albanischen Universität im Tetovo-Stadtteil Mala Rečica, die eine Hochburg der Radikalen darstellt.

- Einem regelrechten Schock für die gesamte albanische Öffentlichkeit des Kosovo kam die überschwenglich positive Reaktion der Staatengemeinschaft auf den Regierungswechsel vom 5. Oktober 2000 in Belgrad gleich: Nicht nur dass das Thema Kosovo nun auf der internationalen Balkan-Agenda vom ersten Platz nach hinten rutschte, wurde in Prishtina als bedrohlich empfunden, sondern vor allem der Wegfall des transatlantischen Solidarisierungsfaktors Milošević.

- Gleich die nächste Schockwelle erreichte den politisch radikalen Teil der Kosovoalbaner mit den Kommunalwahlen in Kosovo vom 28. Oktober 2000, die in einem deutlichen Sieg der Gemässigten um Rugovas LDK resultierten. Diese politische Niederlage erhöhte die Bereitschaft zur Rückkehr zur Gewalttaktik deutlich.

- Nicht zu unterschätzen ist auch die Auswirkung der US-Präsidentenwahl vom 7. November 2000, die nach Wochen wahlrechtlicher Blockade und Aufbau einer neuen Administration schliesslich in einer balkanpolitischen Passivisierung Washingtons resultierte. Der direkte Draht, dessen sich die UÇK-Ableger sei es zu recht, sei es zu unrecht rühmten, riss ab.

Gleich kommunizierenden Röhren führten die multiplen Frustrationen der Radikalen im Kosovo vom Ende November 2000 an zu einer Reaktivierung der UÇPMB in der Sicherheitszone. „Wir können auch wieder anders!“ und „Der Kampf geht weiter!“ waren

die Botschaften an die Staatengemeinschaft, die in der neuerlichen Schaffung „befreiter Gebiete“ in „Ost-Kosovo“ steckte.

(5) Die Rückkehr der Armee Jugoslawiens in den Süden der Sicherheitszone

Mit ihrer neuerlichen Taktik der Zurückdrängung jugoslawischer Sicherheitskräfte aus der Sicherheitszone im Winter 2000/01 hatte die UÇPMB die Rechnung allerdings ohne den Wirt gemacht, hiess dieser jetzt doch nicht mehr Milošević sondern Koštunica bzw. Djindjić. In einer flexiblen Doppelstrategie zog Belgrad seine Polizeikräfte weitgehend aus der Sicherheitszone ab und unternahm zeitgleich mit diplomatischen Mitteln den Versuch einer Modifizierung des Militärisch-technischen Abkommens mit der NATO in Kumanovo vom 9. Juni 1999. Die praktisch-operative Kooperation, die sich seit Oktober 2000 zwischen KFOR auf der einen Seite der Sicherheitszone und Armee Jugoslawiens wie serbischer Polizei auf der anderen entwickelt hatte, nahm nun auch politische Qualität an. Der Tod dreier serbischer Polizisten, die am 18. Februar bei Preševo auf eine von der UÇPMB gelegte Panzermine gefahren waren, wirkte dabei ebenso als Katalysator wie ein Raketenanschlag auf einen mit serbischen Zivilisten besetzten Bus am 16. Februar im Norden Kosovo, bei dem sieben Menschen ums Leben kamen. Die NATO als Mandatar der KFOR mußte nun handeln. Da es dem als Vermittler eingesetzten Sondergesandten Pieter Feith nicht gelang, die UÇPMB zum Einlenken zu bewegen, beschloss der NATO-Rat am 8. März 2001, jugoslawischen Truppen das Einrücken in den 25 Quadratkilometer grossen Südteil der Sicherheitszone zu gestatten und Belgrad so die Kontrolle der Grenze sowohl zu Kosovo wie zu Makedonien zu ermöglichen. Die Wirkung auf die UÇPMB war im Wortsinne durchschlagend: Am 12. März setzten ihre Vertreter in Končulj bei Bujanovac ihre Unterschriften unter ein von der NATO vermitteltes Waffenstillstandsabkommen mit Belgrad und verpflichteten sich damit, vom 13. März an auf Gewaltanwendung zu verzichten – eine Konzession, die sie noch zwei Tage zuvor strikt abgelehnt hatten. Ebenfalls am 12. März schlossen die NATO und Jugoslawien in Medare bei Podujeva im Kosovo ein Abkommen über die schrittweise Rückkehr jugoslawischer Truppen in die Sicherheitszone. Bereits am 14. März rückte die 63. Fallschirmjägerbrigade der Armee Jugoslawiens in den südlichen Abschnitt ein, den die UÇPMB zu diesem Zeitpunkt evakuiert hatte. Ausschlaggebend für den NATO-Beschluss und für das Abkommen mit Belgrad war neben der akuten Spannung in der Sicherheitszone die Ausweitung der Guerillaaktivität auf Nord-Makedonien, hier auf die Gegend um das Grenzdorf Tanuševci.

(6) Drôle de guerre in Makedonien

Sowohl die Einengung des Handlungsspielraums in der Sicherheitszone als auch eine deutliche Annäherung zwischen Belgrad und Skopje hatten der kosovoalbanischen Guerilla einen Wechsel nach Nord-Makedonien geraten erscheinen lassen. Denn in der zweiten Januar-Hälfte einigten sich Jugoslawien und Makedonien in der bilateralen Grenzkommission auf die Festlegung der Grenzlinie zu Kosovo, was aus der Sicht nicht nur radikaler Kosovoalbaner und makedonischer Albaner den Verlauf der Südgrenze eines künftig unabhängigen Kosovo präjudizierte und somit einer Provokation gleichkam. Zugleich schien aus kosovoalbanischer Sicht nun die *raison d'être* der multiethnischen, aus konservativ-makedonischen und konservativ-albanischen Parteien bestehenden Regierungskoalition in Skopje, nämlich das gemeinsame anti-serbische Ressentiment, entfallen zu sein. Zwei andere gemeinsame Nenner – Anti-Zentralismus und Anti-Kommunismus – waren bereits zuvor stark verblasst. Militanten Ausdruck fand diese Sichtweise am 22. Januar 2001 in einem Überfall auf eine makedonische Polizeistation im

Dorf Tearce bei Tetovo, bei dem ein Polizist getötet wurde. Am 12. Februar besetzen UÇK II-Kämpfern Tanuševci und lieferten sich bis zum 11. März Gefechte mit makedonischer Sonderpolizei. Zu einem schweren Zwischenfall kam es dabei am 4. März, als drei makedonische Polizisten durch eine von der Guerilla gelegte Panzermine ums Leben kamen. Die US-amerikanischen KFOR-Einheiten in dem nur wenige hundert Meter von Tanuševci entfernten Weiler Mijak verhielten sich überwiegend passiv. Erst am 7. März griffen sie in die Kämpfe ein und rückten auf Tanuševci vor. Allerdings setzten sie die dort angetroffenen Guerillas nicht fest, sondern liessen deren Rückzug ins Innere Makedoniens zu, was diesen die Neuformierung samt Verlegung des Aktionsgebietes in die Nähe der zu 85% von Albanern bewohnten und mit 100.000 Einwohnern zweitgrössten makedonischen Stadt Tetovo in der Polog-Ebene ermöglichte. Am 12. März, dem Tag der Abkommen von Končulj und Medare über „Ost-Kosovo“, hatten makedonischen Sicherheitskräfte Tanuševci unter Kontrolle gebracht.

Der Tropfen, der aus der Sicht der albanischen Guerilla das Fass zum Überlaufen brachte, war von den internationalen Medien nahezu unbemerkt geblieben: Am 23. Februar 2001 unterzeichneten der jugoslawische und der makedonische Präsident am Rande des Südosteuropa-Gipfels in Skopje die im Januar getroffene Vereinbarung zur Festlegung der gemeinsamen Grenze – und zwar sowohl in ihrem südserbischen als auch ihrem kosovarischen Verlauf. Ziel dieser Übereinkunft, die vom UN-Sicherheitsrat explizit begrüsst wurde, war es, den illegalen Grenzübertritt zu erschweren sowie den beschriebenen Niemandslandsstreifen zu beseitigen. Um die Mittagszeit des 14. März – dem Tag des Einrücken jugoslawischer Einheiten in die Sicherheitszone – feuerten in Tetovo während einer von dem ehemaligen DPA-Abgeordneten Kastriot Haxhirexha angemeldeten und von mehreren tausend jugendlichen Albanern besuchten Demonstration mit dem Motto „Gegen den makedonischen Staatsterror!“ UÇK II-Guerillas Gewehrsalven von den nordwestlich der Stadt gelegenen Hügeln. Was in den folgenden Tagen von den internationalen Medien zum Beginn eines ethnischen Bürgerkriegs hochgeschrieben wurde, erwies sich bald als *drôle de guerre*, gar als Farce. Ein neutraler Beobachter des interethnischen Verhältnisses im Lande, der langjährige Direktor der US-amerikanischen Nichtregierungsorganisation „Search for Common Ground“ Eran Fraenkel, warnte davor, unverantwortliche Berichterstattung internationaler Medien mehr Gewalt provozieren könne als die UÇK II.

Zwar benötigten Armee und Sonderpolizei Makedoniens etliche Tage, um Panzer wie Artillerie nach Tetovo zu verlegen, vor allem aber um in der Ukraine drei Kampfhubschrauber zu kaufen und nach Tetovo zu überführen, doch trieben sie in einer vom 18. bis zum 26. März anhaltenden Offensive die Guerilla teils in den äussersten Norden Makedoniens, teils über das Šar-Gebirge ins Kosovo. Bezeichnenderweise legten sich beide Seiten deutliche Mässigung auf, so dass es nur ausnahmsweise zu Todesopfern bzw. Verletzten, kaum auch zu Sachschäden, kam – ein markanter Unterschied zu den vorhergegangenen Gefechten bei Tanuševci, schon gar zu den beiden Runden des Kosovo-Krieges von 1998 und 1999. Nachdem die letzten Widerstandsnester auf makedonischen Territorium um das Dorf Gračani ausgehoben waren, hatten die Sicherheitskräfte Anfang April die Kontrolle über das Staatsgebiet wieder hergestellt. Eine parallele Entwicklung fand im serbisch-kosovarischen Grenzgebiet statt, wo am 25. März die Armee Jugoslawiens in einen weiteren Abschnitt der Sicherheitszone zurückkehrte.

(7) „Gross-Kosovo“ – eine Zwischenbilanz

Das Ergebnis eines Jahres Kampf für „Gross-Kosovo“ nimmt sich in der Sicht seiner Urheber in militärischer Hinsicht bescheiden, in politischer ambivalent aus: Zwar haben

UÇPMB und UÇK II eine Reihe von spektakulären Anschlägen, gar regelrechte Operationen durchgeführt und erhalten nicht unbeträchtlichen Zulauf von Jugendlichen und UÇK-Veteranen, doch ist es den militanten Radikalen nicht gelungen, sich dauerhaft Einflusszonen zu schaffen. Den politischen Rückhalt grösserer Teil der albanischen Öffentlichkeit in Kosovo, Makedonien oder Albanien zu gewinnen ist gleichfalls nicht gelungen, ja, sämtliche albanischen politischen Faktoren auf dem Balkan wie Regierungen, Parteien und Medien haben öffentlich und negativ auf die Guerillastrategie und das „Gross-Kosovo“-Programm reagiert. Nicht nur die LDK-Anhänger um Rugova, sondern auch die Mehrzahl der Post-UÇK-Sympathisanten um Thaçi und Haradinaj haben aktiv an der Eindämmung der Eskalation in „Ost-Kosovo“ und Nord-Makedonien mitgewirkt; ähnliches gilt für die beiden grossen politischen Lager Albaniens, die beide auf NATO und EU, nicht hingegen auf Pan-Albanismus setzen; die auch in den neunziger Jahren in die kommunalen und Republiksstrukturen Serbiens eingebundenen Politiker in den Gemeindebezirken Preševo, Bujanovac und Medvedja samt der Bevölkerung dort haben nach dem Rückzug der UÇPMB aufgeatmet; und alle albanischen Parteien Makedoniens samt der albanischen Bevölkerungsmehrheit im Nordwesten des Landes haben das gewaltsame Vorgehen der UÇK II teils beredt, teils stumm abgelehnt, von aktiver Unterstützung nicht zu reden.

Allerdings entspricht die Perzeption der radikalen Teile der albanischen Öffentlichkeit in Kosovo, Serbien, Albanien und Makedonien nicht immer der skizzierten Sicht der albanischen politischen Klasse in diesen Regionen. In der Perspektive der Promotoren des „Gross-Kosovo“-Programms und ihres überwiegend jugendlichen Anhangs sind die Führung der Guerilla sowie Teile des *rank and file* aus der Sicherheitszone und Makedonien ins Kosovo nicht nach Kosovo geflohen bzw. getrieben worden, sondern haben lediglich ein taktisches, guerillatypisches Ausweichmanöver vorgenommen. Ja, der Nimbus der UÇK ist in dieser Perspektive durch die Militäraktionen ihrer Ableger UÇPMB und UÇK II deutlich gestärkt worden – und dies aus zwei durchaus gewichtigen Gründen: Zum einen wurde die UÇPMB durch das Waffenstillstandsankommen mit der KFOR in Končulj als gleichberechtigter Kombattant anerkannt und damit legitimiert, zum anderen konnten UÇPMB und UÇK II ihre Aktionen unmittelbar unter den Augen von UNMIK planen und vorbereiten, sie über die von KFOR patrouillierten Grenzen Kosovos hinweg nach Serbien und Makedonien hinein tragen sowie schliesslich über dieselben Grenzen wieder zurückkommen. Dem „Goliath“ KFOR mit seinen über 40.000 schwer bewaffneten Mann, so diese Botschaft, gelingt es nicht, den „David“ UÇK in seiner Beweglichkeit einzuschränken, geschweige denn ihn auszuschalten. Hinzu kommt die Langzeitwirkung des Mythos von der Befreiung Kosovos, welche die UÇK 1999 mit der Assistenz ihres NATO-Verbündeten erkämpft zu haben vorgibt. Das damalige *special relationship* mit den Vereinigten Staaten besteht in dieser Sicht in Gestalt eines *gentlemen agreement* mit dem US-amerikanischen KFOR-Kontingent fort: In Kosovo spielt die UÇK das Spiel formaler „Demilitarisierung“ mit, und als „Gegenleistung“ sieht KFOR an den Aussengrenzen weg.

Während sowohl das Erreichen des Nahziels eines „Gross-Kosovo“, das die militante Radikalen verfolgen, als auch des Fernziel eines „Gross-Albanien“ durch die Guerillaaktivitäten in weite Ferne gerückt sind, haben die Extremisten dennoch grosse Wirkung erzielt: Trotz US-amerikanischer Passivität hat die NATO nicht nur eine gemeinsame Sprache gefunden, sondern sogar eine gemeinsame Strategie entwickelt und diese zügig umgesetzt. Selbst die EU hat politischen Willen demonstriert und diesen in klarer Diktion geäussert: (a) Der Bestand Makedoniens wird garantiert – „notfalls“ durch Aufnahme in die Union, und (b) mit der Guerilla wird nicht verhandelt. Entsprechend ist die Aufmerksamkeit der Staatengemeinschaft bezüglich des

Problemknotens Albanische Frage, die im Zuge der politischen Umwälzungen in Serbien deutlich nachgelassen hat, nun neuerlich geschärft. Dies gilt an erster Stelle für Kosovo selbst, d. h. für die Notwendigkeit des baldigen Initiierens eines Prozesses, an dessen Ende eine Entscheidung über den künftigen völkerrechtlichen Status steht. Es gilt aber auch für Makedonien – hier für die verfassungsrechtliche und einzelgesetzliche Regelung der noch offenen Fragen im interethnischen Verhältnis – sowie für den Südwesten Serbiens, in dem der minderheitenrechtliche Status der albanischen Bevölkerung neu zu regeln sein wird. Der in Abwendung vom Dayton-Prinzip erstmals 1999 in Gestalt des Stabilitätspakts für Südosteuropa gewählte regionale Ansatz erweist sich im Lichte der Albanischen Frage und ihrer regionalen Komponenten als hochgradig adäquat.

Allerdings stellt der Export der Guerilla-Kriege aus Kosovo in die Nachbarregionen, vor allem Truppenstärke, Rekrutierungswege, Logistik, Beweglichkeit und Feuerkraft von UÇPMB und UÇK II, der Kosovo-Schutztruppe KFOR wie den mit Polizeiaufgaben betrauten Teilen von UNMIK ein schlechtes Zwischenzeugnis aus: Weder ist die Demobilisierung der „alten“ UÇK samt Entwaffnung flächendeckend und umfassend durchgeführt worden noch wurde der Aufbau neuer paramilitärischer Strukturen im Kosovo verhindert. Gleichfalls massive Verstöße gegen die UN-Sicherheitsratsresolution 1244 (1999) gab es bezüglich der Grenzsicherung durch das 82. US-Luftlanderegiments im Südosten Kosovos. Sowohl die nachhaltige Infiltration der Sicherheitszone als auch die Passierbarkeit der Grenze nach Makedonien belegen dies. Nicht auszuschliessen ist, dass auch das KFOR-Kontingent der Bundeswehr im Bereich der Gemeinden Dragash und Prizren Mandatsverstöße begangen hat, auch wenn hier die Grenze durch Hochgebirge verläuft, in dem selbst die Pässe höher als 2000 Meter gelegen und entsprechend schwer passierbar sind.

(8) Wie weiter?

Aus der Sicht der Staatengemeinschaft fällt die Zwischenbilanz der Versuche eines Exports der UÇK-Strategie in die Nachbarregionen des Kosovo mit dem Ziel der Schaffung eines „Gross-Kosovo“, wie gezeigt, durchwachsen aus: Politisch ist die Expansion zwar gescheitert, doch das Prestige der Radikalen ist erheblich gestärkt worden. Wie sich das in den von UNMIK-Chef Hans Haekkerup für das Jahresende 2001 angesetzten Parlamentswahlen im Kosovo auswirken wird, lässt sich unschwer denken. Entsprechend steht UNMIK vor einer gewaltigen Aufgabe. Und militärisch bleibt das Problem einer innerhalb wie ausserhalb des Kosovo professionellen agierenden, sich wie der sprichwörtliche Fisch im Wasser bewegendes Guerilla eine Herausforderung für die Sicherheitskräfte der Staaten der Region, vor allem aber für KFOR. Die internationale Friedenstruppe hat nur eine kurze Bewährungszeit, in der sie demonstrieren muss, dass sie ihr militärisches Handwerk auch in schwierigem Umfeld beherrscht. Zugleich müssen die Lizenzgeber von UNMIK und KFOR, also UN, OSZE, EU und NATO, aus den seit dem Sommer 1999 stark veränderten Rahmenbedingungen in und um Kosovo Schlüsse und gegebenenfalls Konsequenzen ziehen. Naheliegend wären die komplementäre Einrichtung einer Bodensicherheitszone auf der Binnenseite der Aussengrenzen des Protektoratsgebietes – und zwar nicht nur zur Teilrepublik Serbien hin, sondern zugleich zu Makedonien, Albanien und Montenegro. Zweckmässig wäre auch eine Intensivierung der Aktivität des Haager Kriegsverbrechertribunals bezüglich der zu Zeiten der UNMIK-Verwaltung im Kosovo begangenen ethnisch motivierten Gewaltverbrechen sowie der Aufbau eines UNMIK-eigenen Justizsystems zur Verurteilung und Verwahrung von UÇK-, UÇPMB- und UÇK II-Kämpfern. Die provisorischen US-Army- und Bundeswehrgewahrsame im Camp Bondsteel und in Prizren sind auf Dauer kein Ersatz.

Zwar wird sich dadurch wohl kaum eine völlige Entlegitimierung der Guerilla in der gesamten albanischen Öffentlichkeit des Balkans und damit ihre ultimative Austrocknung bewerkstelligen lassen, doch kann das konsequente Einengen von Freiräumen sowie das Ausschalten von Führungspersonen zur Demystifizierung und schliesslich zur Enttheorisierung der Guerilla beitragen. Und schließlich könnte sich der Arbeitstisch für Sicherheitsfragen des Stabilitätspakts bzw. dessen neues *Regional Arms Control Verification and Implementation Assistance Center* (RACVIAC) in Zagreb nachhaltige Verdienste durch die Entwicklung einer praktikablen Gegenstrategie zur Proliferation von Kleinwaffen im Kosovo und den angrenzenden Gebieten erwerben.

Einmal mehr aber wird deutlich, dass jedes Hinausschieben einer Entscheidung über den zukünftigen völkerrechtlichen Status Kosovos die Stabilisierung Südosteuropas behindert, ja verhindert. Die Titosche Maxime, dass Serbien schwach sein muss, damit Jugoslawien stark ist, hat ausgedient. Jetzt muss Kosovo unabhängig werden, damit der Balkan sicher wird. Auf der Agenda der Staatengemeinschaft muss daher Kosovo seines gewaltigen Destabilisierungspotentials wegen ganz nach oben gesetzt werden. Zugleich ist eine grossregionale Synchronisierung mit den Konfliktpotentialen in den Nachbarregionen vordringlich. Zweckdienlich könnte sich dabei die Einberufung einer internationalen Konferenz zum westlichen Balkan im Rahmen des Stabilitätspakts erweisen, die sich schwerpunktmässig mit dem aus einer Vielzahl kommunizierender Röhren bestehenden Komplex der Albanischen Frage befasst. Am Festhalten an Maximen wie der territorialen Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien, der („Wiederherstellung“ der) ethnischen Gemengelage Kosovos oder der Nichtbehandlung der Frage der kosovoalbanischen politischen Gefangenen in Serbien sollte ein solches Vorhaben nicht scheitern.

Literatur

Brunnbauer, Ulf: Die vergessenen Albaner Serbiens. Zur Lage der ethnischen Albaner in Südserbien ausserhalb des Kosovo. In: Südosteuropa 48 (1999), S. 373-388.

Hatschikjan, Magarditsch: Reparierte Nationen, separierte Gesellschaften. Makedonien und seine neue grosse Frage. In: Osteuropa 51 (2001), S. 316-330.

International Crisis Group: The Macedonian Question: Reform or Rebellion. Skopje, Brussels, 5 April 2001 (= ICG Report 109).

Lipsius, Stephan: Kosovo: Politische Führung zerstritten. In: Südosteuropa 48 (1999), S. 359-372.

-----: Vorbild UÇK: Albaner in Serbien gründen UÇPMB. In: Südosteuropa 49 (2000), S. 133-143.

Reinhardt, Klaus: Lehren aus Kosovo. Militärische und politische Herausforderungen. In: Internationale Politik 56 (2001), H. 3, S. 32-36.

Schmidt, Fabian: Die „Albanische Frage“ im Spiegel der regional-albanischen Diskussion. In: Südosteuropa 49 (2000), S. 375-400.

Schmidt-Neke, Michael: Makedoniens Albaner: Konfliktpotential oder Stabilisierungsfaktor? In: Südosteuropa 48 (1999), S. 191-212.

Troebst, Stefan: An Ethnic War That Did Not Take Place: Macedonia, Its Minorities and Its Neighbors in the 1990s. In: War and Ethnicity: Global Connections and Local Violence. Ed. David Turton. Rochester: University of Rochester Press, 1997,

S. 77-103.

-----: Balkanisches Politikmuster? Nationalrevolutionäre Bewegungen in Südosteuropa und die "Ressource Weltöffentlichkeit". In: Osteuropa 50 (2000), S. 1254-1266.

-----: Die Albanische Frage - Entwicklungsszenarien und Steuerungsinstrumente. In: Südosteuropa-Mitteilungen 40 (2000), S. 124-137.

-----: "Großalbanien" - eine Chimäre. Die interne und externe "Albanische Frage". In: Kommune 18 (2000), H. 8 (August), S. 6-9

-----: Kommunizierende Röhren: Makedonien, die Albanische Frage und der Kosovo-Konflikt. In: Südosteuropa-Mitteilungen 39 (1999), S. 215-229.

Willemsen, Heinz, Stefan Troebst: Transformationskurs gehalten. Zehn Jahre Republik Makedonien. In: Osteuropa 51 (2001), S. 299-315.